

Gemeinderat Metin Deveci

Donnerstag, 13. Juni 2024

Antrag

Betrifft: Schutz der Bushaltestelle Weiberfelderweg in der Kärntnerstraße vor Spritzwasser

Die Bushaltestelle Weiberfelderweg in der Kärntnerstraße ist aufgrund der Fahrbahnbeschaffenheit bei Regen besonders stark dem Spritzwasser von vorbeifahrenden Fahrzeugen ausgesetzt. Meterhohe Wasserfontänen führen zu erheblichen Beeinträchtigungen für die wartenden Fahrgäste (siehe Beispielfotos).

Die derzeitige Situation an der Bushaltestelle führt dazu, dass wartende Fahrgäste bei Regenwetter regelmäßig durchnässt werden, was nicht nur unangenehm ist, sondern auch gesundheitliche Risiken birgt. Zudem trägt dies zu einer negativen Wahrnehmung des öffentlichen Nahverkehrs bei und kann potenzielle Nutzer davon abhalten, den Bus zu nutzen. Da die Kärntnerstraße eine Landesstraße ist, liegt die Zuständigkeit für die Behebung des Problems beim Land.

Ich stelle daher, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen das Land Steiermark auffordern, die Kärntnerstraße dahingehend zu sanieren, dass wartende Fahrgäste an der Bushaltestelle Weiberfeldweg nicht mehr vom Spritzwasser durchnässt werden.



GR Anna HOPPER

13.06.2024

ANTRAG

Betreff: Günstiges Öffi-Kurzstreckenticket für Graz

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Wie allgemein bekannt ist, wird ab 1. Juli 2024 das Stundenticket für die öffentlichen Verkehrsmittel in Graz 3,10 Euro kosten. Im Vergleich zu anderen Großstädten in Österreich ist die Stadt Graz damit leider trauriger Spitzenreiter. Städte wie Wien (2,40 Euro), Linz (2,80 Euro) und Salzburg (2,40 Euro) liegen alle unter der 3 Euro Grenze.

Die Stadt Graz sieht sich als Stadt der kurzen Wege, wie es auch in der Mobilitätsstrategie 2020 festgelegt wurde. Leider werden diese kurzen Wege immer mehr auch zu teuren Wegen. In der Stadt Linz oder Salzburg gibt es dafür eine Lösung: Ein Kurzstreckenticket für jeweils 1,40 Euro. Diese Tarifoption schafft für die Bewohnerinnen und Bewohner ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Leistung und Entgelt und setzt Anreize, die öffentlichen Verkehrsmittel öfter zu nutzen. Die durch neue Gelegenheitsnutzer lukrierten Mehreinnahmen könnten auch zu einer positiven Finanzierung des öffentlichen Verkehrs beitragen.

Für die Stadt Graz könnte so ein Ticket zum Preis von 1,50 Euro verkauft werden und fünf Stationen abdecken. Besonders für Jugendliche und junge Erwachsene unter 26 könnte das Kurzstreckenticket zu einem Sonderpreis von 1,00 Euro angeboten werden. Die dadurch geschaffene Flexibilität bietet dann allen jungen Menschen, die nicht ohnehin über ein Top-Ticket für die ganze Steiermark oder über ein Klimaticket verfügen, viele neue Möglichkeiten. Sie können sich eher spontan mit Freunden treffen, Bildungsangebote nutzen, sich in Vereinen engagieren oder Freizeiteinrichtungen nutzen. Zudem könnte das Ticket mit dem einprägsamen Preis von einem Euro gut für Marketingmaßnahmen genutzt werden, um junge Grazerinnen und Grazer für den öffentlichen Verkehr zu begeistern und die Stadt als nachhaltige Stadt für junge Fachkräfte zu präsentieren.

Zusammenfassend für die oben genannten Punkte stelle ich daher im Namen des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei folgenden

ANTRAG:

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen, dass die zuständigen Stellen

- mit der Erarbeitung eines Konzepts zur Umsetzung eines 1,50 Euro Kurzstreckentickets für 5 Stationen beauftragt werden

- beauftragt werden zu prüfen, wie dieses Ticket speziell für Jugendliche und junge Erwachsene unter 26 für nur einen Euro angeboten werden könnte und welche positiven Effekte sich dadurch in einer gesamtheitlichen Betrachtung für die Stadt erzielen ließen
- mit der Durchführung einer Datenerhebung zu der Anzahl der durchschnittlich gefahrenen Stationen beauftragt werden, sofern es derartige Erhebungen nicht ohnehin gibt.
- mit einer Potenzialanalyse zur höheren Auslastung und daraus resultierender Mehreinnahmen nach Einführung eines Kurzstreckentickets beauftragt werden, sofern es derartige Erhebungen nicht ohnehin gibt.
- dieses Gesamtkonzept zur Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs, dem zuständigen Ausschuss nach erfolgter Datenerhebung und Potenzialanalyse bis September 2024 vorzulegen.

GR Markus HUBER

13.06.2024

Antrag

Betreff: Buswartehäuschen in der Riesstraße

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Bereits vor einem Jahr wurde dem Bezirksrat Ries die Errichtung der beiden Buswartehäuschen bei den Haltestellen „Riesstraße/Sender“ und „Ledermoarweg“ zugesagt. Immer wieder kommt es aus der Bevölkerung zu Beschwerden, da sie bei Regen ungeschützt auf den Bus warten muss. Leider wurde die Errichtung bis zum heutigen Tag immer wieder verschoben.

Aus diesem Grund stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin Mag.^a Judith Schwentner, folgenden

Antrag:

Die zuständige Verkehrsstadträtin Judith Schwentner wird aufgefordert, die Errichtung der beiden oben genannten Buswartehäuschen in der Riesstraße bis Ende des Jahres zu veranlassen.

GR Markus HUBER

13.06.2024

Antrag

Betreff: Gehsteig in der Puchstraße

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

In der Puchstraße, im Abschnitt der Markugasse bis zur Puchstraße 164, fordert der Bezirksrat schon länger die Errichtung eines Gehsteiges. Durch den stark zugenommenen Verkehr in der Puchstraße kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen zwischen Fußgängern, Rad- und Autofahrern.

Aus diesem Grund stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin Mag.^a Judith Schwentner, folgenden

Antrag:

Die zuständige Verkehrsstadträtin Judith Schwentner wird aufgefordert, die Errichtung eines Gehsteiges in der Puchstraße im oben genannten Bereich noch in diesem Jahr zu veranlassen.

GR Markus HUBER

13.06.2024

Antrag

Betreff: Kreisverkehr Kreuzung Plabutscherstraße – Anton-Gerstl-Straße

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die Kreuzung im Bereich der Plabutscherstraße – Anton-Gerstl-Straße sorgt durch die teilweise schlecht einsehbaren Stellen, immer wieder für gefährliche Situationen im täglichen Verkehr. Anrainer sind mit dem Vorschlag an uns herangetreten, dass ein Kreisverkehr die gefährliche und unübersichtliche Situation an dieser Stelle durchaus entschärfen könnte.

In diesem Zusammenhang stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin Mag^a. Judith Schwentner, folgenden

Antrag:

Die zuständige Verkehrsstadträtin Judith Schwentner wird aufgefordert, eine Evaluierung der Verkehrssituation im Kreuzungsbereich Plabutscherstraße - Anton-Gerstl-Straße vorzunehmen. Dabei soll die Möglichkeit einer Errichtung eines Kreisverkehrs für diesen Kreuzungsbereich geprüft werden. Das Ergebnis ist dem zuständigen Ausschuss in der ersten Sitzung im September vorzulegen.

GR Markus HUBER

13.06.2024

Antrag

Betreff: Spender für Hundesackerl entlang der Mur

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Am rechten Murofer, im Abschnitt Pongratz-Moore-Steg bis in Richtung Norden zum Gasthaus „Murheuriger“ gibt es derzeit keine Spender für Hundesackerl. Leider ist es daher für Hundebesitzer nicht möglich ihrer Pflicht, den Hundekot aufzusammeln und zu entsorgen, nachzukommen.

In diesem Zusammenhang stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin Claudia Schönbacher, folgenden

Antrag:

Die zuständige Stadträtin Claudia Schönbacher wird aufgefordert, im oben beschriebenen Bereich, Spender für Hundesackerl zu installieren.

GR Marion Kreiner

13.06.2024

A N T R A G

Betreff: Bessere optische Kennzeichnung von Fußgängerzonen

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

In der letzten Gemeinderatsitzung stellte ich folgende Frage an Verkehrsstadträtin Judith Schwentner: „Werden Sie sich als zuständige Stadträtin für Verkehr und Stadtplanung in Zukunft dafür einsetzen, dass es eine bessere optische Kennzeichnung von Fußgängerzonen geben wird?“

Daraufhin erhielt ich folgende Antwort:

„Die mit der Planung von Straßen und Gassen befassten Abteilungen orientieren sich am Ziel der „selbsterklärenden Straßenräume“. Denn die Akzeptanz und Befolgung straßenpolizeilicher Vorschriften, wie z.B. Fußgängerzonen, Begegnungszonen oder Wohnstraßen, wird durch eine sinnfällige Gestaltung erheblich gesteigert.

Bei den beispielhaft erwähnten Fußgängerzonen, insbesondere Mariahilferstraße und Stigergasse, handelt es sich um hochwertig ausgestaltete öffentliche Räume, die diesbezüglich als beispielhaft zu bewerten sind. Die Kennzeichnung als „Fußgängerzone“ erfolgt beim Eintritt in den Bereich, und zwar gemäß den Vorschriften des Bundes.

Es kommt der Behörde diesbezüglich wenig Ermessensspielraum zu, handelt es sich doch rechtlich um die Kundmachung einer Verordnung, für die Formvorschriften einzuhalten sind.“

Auch wenn es wenig Ermessensspielraum bezüglich der besseren Kennzeichnung von Fußgängerzonen gibt, so sollte es zumindest die Möglichkeit einer temporären Maßnahme geben um Radfahrer darauf hinzuweisen, dass sie sich in einer Fußgängerzone befinden. Dies könnte in Form einer Informationsveranstaltung vor Ort

sein oder an zusätzlichen (Fußgängerzone-) Markierungen am Boden, vor allem im Schienenbereich.

Folgend die Situationen am Südtirolerplatz und der Mariahilferstraße:

Aufgrund der Situation am Südtirolerplatz – hier führen bekanntlich die Straßenbahnlinien mitten durch die Fußgängerzone – wäre es dringend notwendig alle Radfahrer dafür zu sensibilisieren, dass sie sich in einer Fußgängerzone befinden und nicht auf einer Straße. Die Schienen verleiten offensichtlich zu glauben man befindet sich auf einer Straße. Die Fußgängerzonen-Schilder auf Höhe Kosakengasse und Grieskai werden hier nicht bzw. nicht ausreichend wahrgenommen. Die Fußgängerzone befindet sich nicht nur am vermeintlichen „Gehsteig“ links und rechts der Schienen, sondern im gesamten Bereich des Südtiroler Platzes zwischen Kosakengasse und Grieskai. Beim Queren der Schienen wird man als Fußgänger von Radfahrern angepöbelt, dass man sich auf einer Straße befindet und Aufpassen soll. Radfahrer fahren rücksichtslos und in vollem Tempo der Straßenbahn hinterher. Beim Halten der Straßenbahnen im Haltestellenbereich weichen Radfahrer auf die Ein- und Ausstiegsbereiche aus, um dort zügig die Straßenbahn zu überholen.

Die Mariahilfer Straße wird als Radweg genutzt, obwohl sich der „Radhighway“ am Lendkai nur eine Straße weiter befindet. Darum kommt es auch in der Mariahilfer Straße immer wieder zu brenzigen Situationen, vor allem in den engen Bereichen der Gastgärten (Brot & Spiele, Mohrenwirt, Hummel, Harrys Icecream und Cafe Central). An gemütliches Flanieren oder kleine Kinder frei laufen zu lassen ist hier nicht mehr zu denken.

Aus diesem Grund stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen mögen prüfen:

1. ob und wie eine bessere Sichtbarmachung der Fußgängerzonen umgesetzt werden kann
2. welche zusätzlichen Maßnahmen, wie z.B. Infoveranstaltungen in den betroffenen Fußgängerzonen, möglich wären.

GR Sissi Potzinger

13.06.2024

ANTRAG

Betreff: Dringende Maßnahmen Spielplatz Eichenweg

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die Situation am Spielplatz Eichenweg ist leider ein wiederkehrendes Problem, das immer wieder zu Debatten und Anträgen im Bezirksrat von St. Peter und auch im Gemeinderat geführt hat und führt.

So hat auch dieser Antrag einmal mehr die Problematik am Eichenweg zum Thema, die nun hoffentlich im Sinne der Anwohnerinnen und Anwohner und spielender Kinder und deren Eltern einer sinnvollen Lösung zugeführt werden kann.

Der Spielplatz Eichenweg ist ein sehr schöner und abgeschiedener Park zwischen Petersbach und Petrifelderstraße, unmittelbar umgeben von Einfamilienhäusern, woraus sich die folgenden Probleme ergeben:

- Viele Jugendliche und Erwachsene, die am Spielplatz Eichenweg Fußball spielen, stellen ihre elektronischen Geräte beim Fußballtor, das sich genau auf Höhe des Hauses Eichenweg 5c befindet, ab. Es gibt musikabspielende Gruppen am Hartplatz, andere die weiter hinten bei den Bäumen sitzen, was teilweise zu einer Dauerbeschallung von morgens bis in die Nacht führt.
- Die mobilen Toilettenanlagen wurden im April 2024 entfernt, obwohl sie eine große Verbesserung der Situation dargestellt haben. Seit die Toilettenanlagen entfernt wurden, wird die Notdurft wieder am Gelände oder in unmittelbarer Nähe zu den angrenzenden Grundstücken verrichtet. Eine unzumutbare Situation für die Kinder am Spielplatz und die Anrainerinnen und Anrainer, vor allem da es in weiterer Umgebung keinerlei öffentliche Toiletten gibt.
- Der Zaun entlang des Servitutsweges und der Liegenschaft Eichenweg 5c wurde ohne Rücksprache mit den Anrainerinnen und Anrainern erneuert. Im Eingangsbereich des Spielplatzes beginnt der neue Zaun nun rund 9,7 Meter weiter hinten als der alte Zaun. Wie von den angrenzenden Bewohnerinnen und Bewohnern vorhergesagt, wird nun immer öfter der Servitutsweg als Parkplatz

verwendet und das Grundstück der Anwohnerinnen und Anwohner von Fahrzeugen der Holding Graz verunreinigt. Der Schlamm wird nun auf den Servitutsweg gefahren und dieser wird übergebührlich beansprucht bzw. abgenützt. Es stellt sich die Haftungsfrage, wenn Unbefugte im Winter wegen Eis oder im Sommer wegen Schlamm ausrutschen.

- Die Lärmbelästigung durch das Basketballspielen am asphaltierten Betonplatz ist den politisch Verantwortlichen bekannt. Reagiert wurde darauf allerdings nicht mit Behebung der Lärmbelästigung durch Verlegung eines neuen Bodens, sondern mit einer Tafel mit ausgedehnten Benützungszeiten des Hartplatzes. Auch hier fand keinerlei Kommunikation im Vorfeld mit den Anrainerinnen und Anrainern statt.

Wichtig zu betonen ist vor allem, dass sich die Beschwerden der Anrainerinnen und Anrainer nicht gegen spielende Kinder richten. Im Gegenteil, seien es oftmals Kinder, die von heranwachsenden Jugendlichen und Erwachsenen vom Spielplatz vertrieben werden, da diese den Fußballplatz selbst nutzen, oder hier Partys feiern wollen.

Im Sinne eines gedeihlichen Miteinanders von Anrainerinnen und Anrainern und Kindern und Benutzerinnen des Spielplatzes Eichenweg, stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

- Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen zur Behebung der im Motivenbericht erläuterten Situation, das Abspielen lauter Musik am Spielplatz unterbinden. Das Aufstellen einer entsprechenden Tafel ist zu überprüfen.
- Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen unverzüglich dafür sorgen, dass Kinder und Besucherinnen und Besucher des Spielplatzes, ihre Notdurft nicht öffentlich verrichten müssen, sondern wieder Toilettenanlagen aufgestellt werden.
- Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen mit den Anrainerinnen und Anrainern in Verbindung treten, um zu verhindern, dass Fahrzeuge des Hauses Graz den Servitutsweg über Gebühr verschmutzen und verschleifen.
- Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen sich der Lärmbelästigung durch das Ballspielen des asphaltierten Basketballplatzes annehmen und die Auslegung eines entsprechenden lärmdämpfenden Bodens prüfen.

GR Elisabeth Potzinger

13.06.2024

A N T R A G

Betreff: Jubiläum Robert Stolz

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Im Jahr 2025 gibt es gleich zwei Jubiläen, die den Komponisten Robert Stolz betreffen. Einerseits feiert er seinen 145. Geburtstag und zugleich auch seinen 50. Todestag. Graz sollte daher zumindest im kommenden Jahr Robert Stolz in den Mittelpunkt stellen.

Eine entsprechende Würdigung bedarf aber auch eine entsprechende Finanzierung. Diese Finanzierung ist im Zuge der Budgetverhandlungen sicher zu stellen. Konzertaufführungen im Stadtpark, Freiluft-Operetten in Grazer Höfen aber natürlich auch eine Gala im „Salon Stolz“ sind Überlegungen, die man anstellen sollte.

Aus diesem Grund stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

1. Die zuständigen Stellen mögen ein entsprechendes Konzept ausarbeiten, um eine Würdigung des großen Grazer Komponisten sicherzustellen.
2. Die Finanzdirektion wird ersucht, die notwendigen budgetären Mittel dafür zur Verfügung zu stellen.

GR Sissi Potzinger

13.06.2024

A N T R A G

Betreff: Neugestaltung/Ausbau Spielplatz St.-Peter-Bezirksamt

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Der Spielplatz St.-Peter-Bezirksamt ist ein zentral in St. Peter gelegener Spielplatz in der St.-Peter-Hauptstraße, direkt neben dem Bezirksamt. Er ist daher und nicht zuletzt auf Grund seiner Nähe zu zwei Eis-Geschäften, ein viel frequentierter Aufenthaltsort für Kinder und Eltern. Umso bedauerlicher ist der derzeitige Zustand des Spielplatzes.

Auf den 1100 m² sind gerade mal ein simples Klettergerüst für ältere Kinder und eine völlig ungepflegte Sandgrube in der prallen Sonne bereitgestellt.

Zudem fehlen auch hier Toiletanlagen, da das Bezirksamt unregelmäßig geöffnet ist und so die Möglichkeit auf die Toilette zu gehen, nicht gegeben ist.

Im Sinne der Kinder und Benutzerinnen und Benutzer des Spielplatzes St.-Peter-Bezirksamt, stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

- Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen zur Behebung der im Motivenbericht erläuterten Situation, das Aufstellen von Toiletanlagen prüfen.
- Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen den Spielplatz mit Spielgeräten aufrüsten, die ein kindgerechtes Spielen vor Ort ermöglichen.
- Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen den mittlerweile verwahrlosten Sandkasten erneuern und für Schattenspender für die spielenden Kinder sorgen.

GR HR DI Georg Topf

13.06.2024

A N T R A G

Betreff: Schulwegverbindung „Spitzäckerweg“ in Richtung „Gradnerstraße“

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die Schüler:innen, wohnhaft in der „Spitzäckerstraße“, müssen zur Zeit einen nicht ungefährlichen Umweg in Kauf nehmen, um in die „Gradnerstraße“ zur Schule zu kommen. Als Ziel sollte daher die Öffnung einer kürzeren, vor allem sicheren Schulwegverbindung vom „Spitzäckerweg“ über „Am Leopoldsgrund“ zur „Gradnerstraße“ angestrebt werden. Derzeit müssen nämlich Schüler:innen von Süden kommend die „Adlergasse“ – eine enge Verbindungsgasse zwischen „Spitzäckerweg/Grenzgasse“ und „Gradnerstraße“ ohne Gehweg aber mit hohem Verkehrsaufkommen – benützen, um die Schule zu erreichen.

Aus den angeführten Gründen stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt werden ersucht, die Möglichkeit der im Motiventext genannten sicheren Schulwegverbindung zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen.

GR HR DI Georg Topf

13.06.2024

ANTRAG

Betreff: Zebrastreifen in der „Mitterstraße“

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Im Bereich „Mitterstraße“ gibt es derzeit eine aktuell nicht passende Querungssituation für Fußgänger:innen. Konkret geht es um die Verlegung eines Zebrastreifens vor der Kreuzung mit der „Westgasse“ und „Am Wagrain“ in Richtung Norden zwischen der Bahnunterführung mit dem Lift zum westseitigen Gehweg. Der derzeit noch vorhandene Fußgänger:innenübergang diente seinerzeit zur Erreichung einer inzwischen aufgelassenen Bäckerei in der „Mitterstraße“ als noch ein schienengleicher Bahnübergang von der „Mitterstraße“ in Richtung „Triesterstraße“ gegeben war.

Aus den angeführten Gründen stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt werden ersucht, die Verlegung des im Motiventext genannten Zebrastreifens zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen.

GRin Dr. Claudia Unger

13.06.2024

A N T R A G

Betreff: Fördermöglichkeit von Maßnahmen für Barrierefreiheit für Mieter:innen

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Wenn Menschen durch Alter, Krankheit oder Unfall pflegebedürftig werden, ist das einerseits eine herausfordernde Situation für die Betroffenen und die Angehörigen, andererseits auch häufig eine finanzielle Herausforderung, die sich von Pflege- oder Heimkosten bis hin zur Lebenssituation unmittelbarer Angehörigen erstreckt.

Ein besonders wichtiger Aspekt ist die Wohnsituation, die dringend einer gesteigerten Beachtung bedarf. In vielen Fällen ist die Tatsache, dass Wohnungen (häufig in Altbauten) weder in Sanitärräumen noch bei der Durchgangsbreite von Türen barrierefrei erschlossen und / oder mit einem Lift ausgestattet sind, der Grund dafür, dass Betroffene ihr gewohntes Umfeld verlassen und in Pflegeeinrichtungen umziehen müssen. Dies ist stets mit einer hohen emotionalen und organisatorischen Belastung verknüpft und betrifft in weiterer Folge auch die Angehörigen und deren Lebensumfeld hinsichtlich Leistbarkeit. Neben jenen, die in Eigentumswohnungen wohnen, stehen vor allem jene Menschen, die zur Miete wohnen und bis dato nicht in den Genuss von Förderungen kommen, in solchen Situationen vor besonders großen Herausforderungen. Werden Mieter:innen selbst aktiv, ist ein bedürfnisorientierter Umbau (zb. ein Treppenlift oder Einbau einer Dusche) manchmal möglich, aber mit Kosten verbunden und setzt das Einverständnis der Hauseigentümer:innen voraus, die ja nicht zu den beschriebenen Maßnahmen verpflichtet werden können. Die finanzielle Aufwendung der Betroffenen ist zwar bedarfsorientiert, kann aber nicht einer Investition im Eigentum gleichgesetzt werden. Zugleich ermöglicht eine Adaptierung der Wohnung vielen Menschen den Verbleib in der gewohnten Umgebung, ist also aus persönlichen Gründen wünschenswert und darüber hinaus auch eine konstruktive Maßnahme angesichts eines ohnehin überlasteten Gesundheitssystems.

Da Betroffene ohnehin in einer schwierigen Situation sind, ist hier eine Unterstützung durch Förderung dieser Maßnahmen durch die Stadt Graz wünschenswert. Diese Leistung ist als Einmalleistung anders zu bewerten als die bisher bestehenden Sozialleistungen und soll nicht auf die bisher gut subventionierten Nutzer:innengruppen beschränkt sein, sondern eine zielgerichtete Unterstützung von Menschen in Ausnahmesituationen sein. Deshalb stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag

1. Die zuständigen Stellen mögen die Möglichkeiten prüfen, eine solche Förderung anzubieten und hierfür möglichst unkomplizierte Zugänglichkeit sowie eine angemessene Vereinbarung mit den Hausbesitzer:innen vorschlagen.
2. Das ressortverantwortliche Stadtsenatsmitglied möge die Bereitstellung der entsprechenden Mittel anhand einer vorab erstellten Bedarfseinschätzung bereitstellen.
3. Dem Gemeinderat ist bis zum Oktober 2024 darüber ein Vorschlag vorzulegen.

GRin Dr. Claudia Unger

13.06.2024

ANTRAG

Betreff: Maßnahmen gegen Radikalisierung

In der Gemeinderatssitzung am 16. Mai 2024 habe ich in der Fragestunde die Einschätzung der Situation in Graz angesichts der Tatsache thematisiert, dass immer wieder islamistisch motivierte Vorkommnisse wie beispielsweise Demonstrationen in Hamburg und zunehmend Auseinandersetzungen an Schulen stattfinden. Die Antwort von Integrationsstadtrat Robert Krotzer und die Anmerkungen von Bürgermeisterin Elke Kahr verwiesen auf eine ausreichende Ausstattung der Stadt Graz mit Integrationsangeboten, u.a. wurde beispielsweise das im Herbst 2024 stattfindende Fest der Religionen empfohlen.

Nur wenige Tage nach dieser Gemeinderatssitzung wurde in Graz von Ermittlern des Landesamtes für Staatsschutz und Extremismusbekämpfung (LSE) Steiermark ein vierzehnjähriges Mädchen ausgeforscht, das den Plan, am Jakominiplatz „Ungläubige“ zu attackieren und zu töten, in die Tat umsetzen wollte. Das Ausmaß der Vorbereitungen war schockierend, das Mädchen wurde in U-Haft genommen. Leider hat sich dazu in der Öffentlichkeit weder Frau Bürgermeisterin noch der Integrationsstadtrat geäußert, so dass nicht klar ist, zu welcher Einschätzung die politisch Verantwortlichen angesichts dieser Situation gekommen sind.

Einmal mehr wurde von ExpertInnen konstatiert, dass für die Radikalisierung einerseits ein entsprechendes familiäres und soziales Umfeld, andererseits aber vor allem die Vernetzung im Internet und der Zugang zu Videos, Botschaften und Gleichgesinnten maßgeblich sind. Der grenzübergreifende Einfluss der Plattform Muslim aktiv wurde in diesem Zusammenhang bereits thematisiert. Zugleich ist die Ausforschung von Personen durch Chatverläufe und Social media-Verläufe durch gesetzliche Vorgaben schwierig. Allgemein wird die Terrorgefahr in Österreich wie fast überall in Europa durchaus hoch eingeschätzt; In Europa schockieren immer wieder terroristische Angriffe, bei denen auch Tote zu beklagen sind. Hier sind länderübergreifende Zusammenarbeit und die bessere Kontrolle der digitalen Welt nötig. Auf lokaler Ebene ist die Vorsorge bezüglich Sicherheit und eine gute Einschätzung der aktuellen Lage ständig zu verbessern und den steigenden Herausforderungen gemäß im Sinne der Bevölkerung anzupassen.

Aus diesem Grund stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

1. Die Bürgermeisterin wird angesichts der jüngsten Ereignisse gebeten, das Thema Radikalisierung auf die Tagesordnung des kommenden interreligiösen Beirates zu setzen und unter Einbindung von Experten (LPD) Punkte für den Maßnahmenkatalog zu erarbeiten.
2. Der zuständige Integrationsstadtrat wird ersucht, aufbauend auf den oben angesprochenen Bericht einen umfassenden Maßnahmenkatalog zur Verhinderung von Radikalisierung vorzulegen.
3. Dem Gemeinderat ist bis zum Oktober ein Bericht vorzulegen.

Betreff: Gefahrenpunkt Kreuzungsbereich
Wenisbucher-Straße/Mariatroster Straße



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

ANTRAG

eingebraucht von Herrn Gemeinderat Manuel Lenartitsch
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 13. 6. 2024

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Der vor allem auch von Schulkindern vielgenutzte Kreuzungsbereich Wenisbucher Straße/Mariatrosterstraße wird von Eltern wie auch Anrainer:innen insgesamt als bedenklich bis gefährlich eingestuft.

Und das aus mehreren Gründen: Zum einen ist der stadteinwärts führende Gehsteig sehr schmal und somit nicht nur für Kinder gefährlich, wie von Elternseite betont wird; auch Rollstuhlfahrer:innen empfinden diesen Abschnitt als unsicher. Zudem verengen die richtigerweise zum Schutz der Kinder angebrachten Bügel entlang des Spielplatzes zusätzlich den Gehsteig – mit einem Kinderwagen oder einem Rollstuhl ist da kaum ein Durchkommen.

Zum anderen findet sich hier eine Unsitte wieder, die es leider in sehr vielen Grazer Tempo 30 Zonen gibt: In der Wenisbucher Straße wird der 30er kaum eingehalten. Geschwindigkeitsbeschränkungen ohne begleitende Maßnahmen wie etwa optische Tempobremsen oder Geschwindigkeitsüberwachung scheinen bei Autofahrer:innen wenig bis keine Wirkung zu zeigen, weswegen solche Zonen bei Anrainer:innen und nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmer:innen für mehr Verärgerung denn Zufriedenheit sorgen. Bodenmarkierungen und Haltelinien wären dringend erforderlich, ebenso ein Zebrastreifen.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen mögen beauftragt werden, den Kreuzungsbereich Wenisbucher Straße/Mariatrosterstraße zu entschärfen und dabei insbesondere auch die im Motivenbericht genannten Gefahrenpunkte – Geschwindigkeitsübertretungen in der Wenisbucher Straße, schmale Gehsteige mit Engstellen - zu berücksichtigen, unter anderem durch entsprechende, die Verkehrssicherheit verbessernde bauliche Maßnahmen und optische Tempobremsen.

Betreff: Kreuzung Puntigamer Straße /
Puchstraße / Rudersdorfer Straße



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

ANTRAG

eingebraucht von Herrn Gemeinderat Manuel Lenartitsch
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 13. 6. 2024

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Im Kreuzungsbereich Puchstraße / Puntigamer Straße / Rudersdorfer Straße kommt es auch – oder trotz - der Neufestlegung der Fahrstreifen regelmäßig zu größeren Staus. Was insofern problematisch ist, als die Puchstraße mittlerweile eine sehr stark frequentierte Nord-Süd-Verbindung ist, dasselbe gilt für die Puntigamer Straße in West-Ost-Richtung als Verlängerung des Südgürtels. Und die Bewohner:innen der Rudersdorfer Straße wiederum werden durch Gewerbeverkehr wie auch durch den „Schleichwegverkehr“ belastet. Dass unter solch schwierigen Rahmenbedingungen die Verkehrsführung wie auch die Ampelschaltungen alles andere als einfach sind, ist nachvollziehbar. Dennoch besteht insofern Handlungsbedarf, als auf jeden Fall der Versuch gestartet werden sollte, diesen verkehrstechnischen gordischen Knoten durch entsprechende Nachbesserungen und Adaptierungen zu entwirren, wie dies auch seitens vieler Betroffener gewünscht wird.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag,

die zuständigen Stellen mögen beauftragt werden, gemäß Motivenbericht eine Problemanalyse des betreffenden Kreuzungsbereiches Puchstraße / Puntigamer Straße / Rudersdorfer Straße durchzuführen und nach Möglichkeit entsprechende Verbesserungen bzw. Adaptierungen in Verkehrsführung und Ampelschaltung umzusetzen.

Betreff: Peter Rosegger-Park
Pilotprojekt „Nette Toilette“



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

ANTRAG

eingebraucht von Herrn Gemeinderat Manuel Lenartitsch
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 13. 6. 2024

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Der Peter-Rosegger-Park im Bezirk Wetzelsdorf ist ein gern genutzter öffentlicher Park und ein konsumfreier Begegnungsplatz für Groß und Klein, für Familien mit Kindern und Jugendlichen ebenso wie für Senior:innen. Bedauerlich nur: Durch das Fehlen einer Toilette wird die Nutzung dieses öffentlichen Raumes eingeschränkt.

Und das, obwohl hier auch die „Arbeitsgemeinschaft im Sozialraum 3“ ganzjährig einmal wöchentlich Treffen für Familien anbietet und im Zuge dessen von Besucher:innen - im Durchschnitt kommen mindesten zehn Personen zu diesen Terminen - gerne auch eine niederschwellige Beratung in Anspruch genommen wird. Und bei einem im Vorjahr organisierten Siedlungspicknick waren sogar mehr als 90 Besucher:innen im Park dabei. Und auch da zeigte sich, wie dringend notwendig eine Toilette ist.

Dabei wäre gerade dieser Park aufgrund seiner Nähe zu einer Gaststätte ideal für das Pilotprojekt einer netten Toilette, wie sie seitens der SPÖ bereits mehrmals im Gemeinderat vorgeschlagen wurde. Das Modell, das aus Deutschland stammt und bereits von zahlreichen Kommunen in Deutschland und in der Schweiz angewandt wird, ist einfach und doch wirkungsvoll: Wo es im Umfeld von Parks, Spielplätzen, Spazierwegen etc. keine öffentlichen Toiletten gibt, werden Gaststättenbetreiber:innen ersucht, gegen eine kleine, von der Kommune bezahlten monatlichen Pauschale ihre Toilettenlagen konsumtionsfrei zur Verfügung zu stellen. Ausgewiesen werden diese als "Nette Toiletten". Eine win-win-Situation für alle. Für die Gastronom:innen gibt es neben der Pauschale eine Gelegenheit, neue Gäste zu gewinnen – und die Kommunen ersparen sich die hohen Errichtungs- und Instandhaltungskosten für eine Toilette.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher

den Antrag:

Die zuständigen Stellen in der Stadt Graz werden beauftragt, gemäß Motivenbericht mit den Gastronom:innen im unmittelbaren Umfeld des Peter Rosegger-Parks Kontakt aufzunehmen, um ein Modellprojekt für eine "Nette Toilette" zu starten. Sollte sich dies als nicht umsetzbar erweisen, ist im Park eine öffentliche Toilettenanlage zu errichten.

Antrag

**an den Gemeinderat
eingebracht von Frau Gemeinderätin Anna Robosch
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 13. Juni 2024**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Genau 55 Jahre ist es her, dass sich vor allem Trans*frauen in New York City gegen die willkürliche Polizeigewalt auflehnten, die ihr Leben und ihre Freiheit bedrohte. Der erste Widerstand fand in der Christopher Street statt und zog eine weltweite Bewegung nach sich. Was damals so vehement begann, daran erinnern heute in vielen Teilen der Welt feierliche bunte Paraden, selbstverständlich auch in Graz.

Seitdem sind viele wichtige Schritte in Richtung Gleichstellung und gleiche Rechte für alle Lebens- und Liebesformen gesetzt worden, erst in der Kreisky-Dohnal-Ära und später durch EU-Richtlinien oder durch den Verfassungsgerichtshof. Dennoch haben wir als Gesellschaft noch einen langen Weg bis zur völligen Gleichstellung vor uns. Immer noch gilt es als völlig legal, homosexuelle Menschen aus Restaurants oder Taxis zu werfen, denn auf einen vollen Diskriminierungsschutz warten wir in Österreich noch vergeblich.

Und auch die Zahlen der Hassverbrechen und Anfeindungen gegen Trans*personen zeigen uns, dass es oft die marginalisiertesten Gruppen in der Community sind, die wir am intensivsten, am nachdrücklichsten mit unserer Solidarität und Aufmerksamkeit unterstützen sollten.

Darum ist es immer noch wichtig, als Stadt klare und sichtbare Zeichen für Menschenrechte und Vielfalt zu setzen. Solange immer noch Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung gekündigt werden, solange Kinder in der Schule als „schwul“ gemobbt werden; solange Teenager auf der Straße landen, wenn sie sich zuhause als trans*ident outen und solange zwei verliebte Menschen bei der Suche nach der ersten gemeinsamen Wohnung so tun müssen, als würden sie eine WG gründen, damit Vermieter:innen keinen Grund haben könnten, es sich anders zu überlegen, solange müssen wir noch Bewusstseinsarbeit leisten. Und dazu gehören sichtbare Zeichen im Alltag.

Daher stelle ich im Namen des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob

- 1) man den bestehenden Zebrastreifen vor der Pädagogischen Hochschule Steiermark durch Regenbogenstreifen ergänzen kann und
- 2) ein weiterer Zebrastreifen in den Farben der Trans-Pride-Flagge in der Innenstadt angebracht werden kann.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **13. Juni 2024** von Klubobmann
Mag. Alexis Pascuttini

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 13. Juni 2024

Betreff: 30er oder Verkehrsspiegel Ibererstraße
Antrag

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die Ibererstraße ist seit geraumer Zeit eine Vorrangstraße. Bei der Neugestaltung an der Kreuzung Josef-Pock-Straße wurde ein lange etablierter Verkehrsspiegel ersatzlos mit der Begründung der verbesserten Sicht Richtung Unterführung gestrichen.

Die Sichtverhältnisse scheinen mit Tempo 30 vermutlich ausreichend, jedoch sind sie auf Grund der erhöhten Geschwindigkeit (50er) zu gering, vor allem beim Abbiegen Richtung Bulme. Da sich die Ibererstraße direkt an einer Schule befindet und aber auch durch den Straßenverlauf, trotz verbesserter Kreuzung Anton-Kleinoscheg-Straße scheint die derzeitige erlaubte Geschwindigkeit zu hoch.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag
gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann Tempo 30 in der Ibererstraße umgesetzt werden kann oder ersatzweise bei weiter erlaubten Tempo 50 wieder ein Verkehrsspiegel an der Kreuzung Josef-Pock-Straße errichtet werden kann.



Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **13. Juni 2024** von Klubobmann
Mag. Alexis Pascuttini

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 13. Juni 2024

Betreff: Abholzeiten der Glascontainer in Wohnstraßen
Antrag

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die Abfallwirtschaft ist ein großer und wichtiger Bestandteil unserer Infrastruktur. Die regelmäßige Entleerung der Müllkübel ist unumgänglich, jedoch haben uns zahlreiche Zuschriften von Bewohnern aus Wohnstraßen bzw. Wohngebieten erreicht. Die Entleerung der Müllkübel findet oftmals schon vor 07:00 Uhr statt, besonders die Entleerung der Glascontainer ist mit sehr viel Lärm verbunden, eine Änderung der Abholzeiten von Glascontainer (ab 07:00 Uhr) wäre daher ideal für alle Anrainer.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag
gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann eine Änderung der Abholzeiten von Glascontainer umgesetzt werden kann.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **13. Juni 2024** von Klubobmann
Mag. Alexis Pascuttini

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 13. Juni 2024

Betreff: Bankomatzahlung im Parkhaus Fölling
Antrag

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Der Kassenautomat im Parkhaus Fölling bietet keine Möglichkeit der Bankomatzahlung. Nur Barzahlung ist möglich. Das ist in der heutigen Zeit unverständlich vor allem deshalb, weil damit auch größere Beträge bezahlt werden müssen.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien
Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag
gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz



Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann eine Adaptierung auf Bankomatzahlung umgesetzt werden kann.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **13. Juni 2024** von Klubobmann
Mag. Alexis Pascuttini

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 13. Juni 2024

Betreff: Kennzeichnung Radweg in Kroisbach
Antrag

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Der Radweg R23 ist ein beliebter Radweg. Leider verirren sich immer wieder viele Radfahrer am Radweg. Statt den richtigen Weg (grün) zu folgen, fahren Ortsunkundige immer wieder den falschen Weg in die Privatstraße (rot). Eine bessere Beschilderung oder eventuell andere Bodenmarkierungen wären hier vonnöten.



Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag
gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die Umsetzung erfolgen kann.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **13. Juni 2024** von Klubobmann
Mag. Alexis Pascuttini

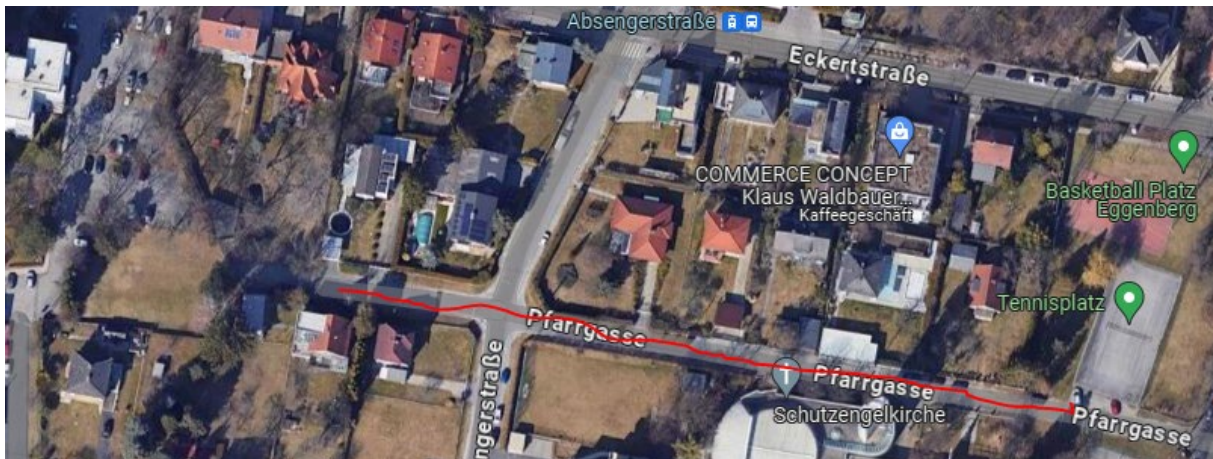
An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 13. Juni 2024

Betreff: Parkverbot und geregelte Öffnungszeiten Parkanlage Pfarrgasse
Antrag

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Durch die neu errichtete öffentliche Parkanlage in Bereich der Pfarrgasse, kommt es immer öfter zu Beschwerden von Seiten der Anrainer in Bezug auf Lärmbelästigung in den Nachtstunden und Fremdparker.



Mit geregelten Öffnungszeiten der Parkanlage (von zB.: 07:00-21:00 Uhr) und durch Verkehrsschilder gekennzeichnetem Parkverbot im Bereich der Pfarrgasse wäre der Park sicherlich eine Bereicherung und ein echter Erholungsraum für die gesamte Bevölkerung. Durch die definierten Öffnungszeiten ist auch für Ruhe und Erholung während der Nachtstunden für die Bewohner rund um die Parkanlage gesorgt.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag
gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann Öffnungszeiten und das Aufstellen von Halte- und Parkverbotschildern im oben genannten Bereich umgesetzt werden kann.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **13. Juni 2024** von Klubobmann
Mag. Alexis Pascuttini

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

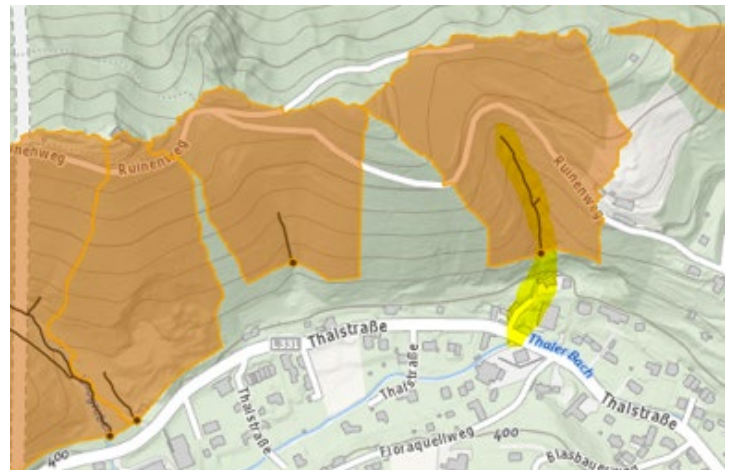
Graz, am 13. Juni 2024

Betreff: Sofortmaßnahme auf Höhe Thalstraße 48
Antrag

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Bei den starken Regenfällen am 08. Juni 2024 berichteten uns Bürger von der Überflutung der Thalstraße. Nachdem wir uns vor Ort ein Bild von der Lage machen konnten, ergeben sich bei Regen zwei bisher kaum berücksichtigte Abläufe und damit potenzielle Gefahrenquellen, die unter Umständen mit relativ geringen Mitteln zumindest verbessert werden können.

In diesem Antrag geht es speziell um die Gefahrenquelle auf Höhe der Thalstraße 48 (siehe Bild). Das herabschießende Wasser kann nicht von der dafür vorgesehenen Kanalöffnung aufgenommen werden, da die Breite des Kanalgitters zu gering ist. Das sorgt dafür, dass große Wassermassen zuerst geradeaus und folgend die Thalstraße hinabfließen und Grundstücke überfluten.



Zwar ist eine „große“ Lösung des Problems sicher zu bevorzugen, jedoch auf Grund der finanziellen Lage der Stadt unrealistisch. Daher soll mit einer ersten Sofort-Maßnahme eine Verbesserung herbeigeführt werden.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag
gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann an bestreffer Stelle eine erste Verbesserung der Situation herbeigeführt werden kann.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **13. Juni 2024** von Klubobmann
Mag. Alexis Pascuttini

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

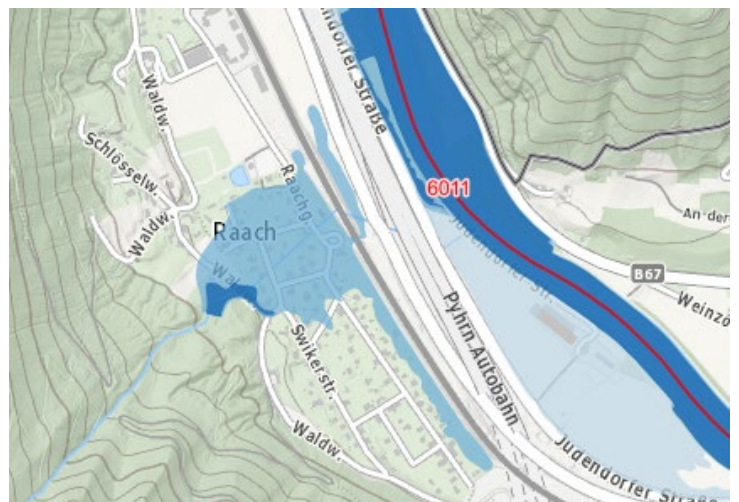
Graz, am 13. Juni 2024

Betreff: Sofortmaßnahme Buswendeschleife/Raach
Antrag

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Schon bei geringen Regenmengen steht die Buswendeschleife der Raach, durch verstopfte, aber auch zu gering dimensionierte Abflüsse unter Wasser. Zumindest das Grundstück an der Adresse Raachgasse 59, aber auch weitere sind dabei nicht selten betroffen.

Daher soll evaluiert werden, wie das Wasser an der Buswendeschleife besser abrinnen kann und sich nicht wie bisher in einer Senke sammelt.



Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag
gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann an bester Stelle eine Verbesserung der Situation laut Motiventext herbeigeführt werden kann.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **13. Juni 2024** von Klubobmann
Mag. Alexis Pascuttini

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

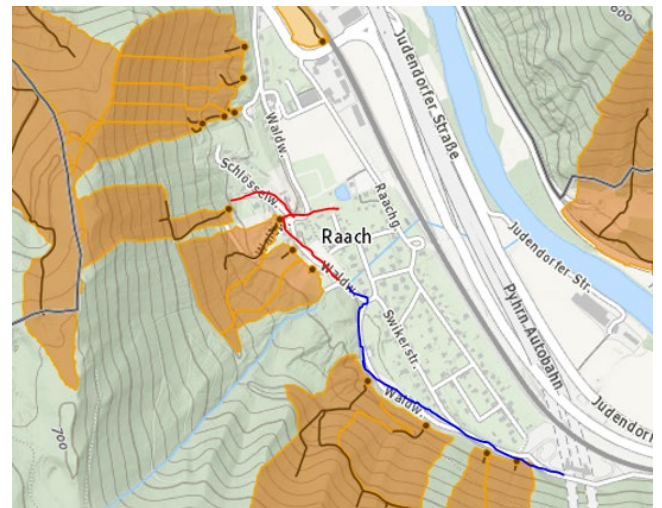
Graz, am 13. Juni 2024

Betreff: Sofortmaßnahme Waldweg/Raach
Antrag

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die Raach wird in Planungen den Hochwasserschutz betreffend kaum ausreichend berücksichtigt, da es sich beim Grund der Katastrophen nicht um ein Fließgewässer handelt. Besonders gravierend ist die Situation bei Starkregen und damit verbundenen Überschwemmungen und möglicher Sturzfluten. In der ersichtlichen Abbildung sieht man einen Teil der Abflüsse, wenn auch die Mure aus der Vergangenheit Entlang des Abflusses nahe dem Schlüsselweg leider vielen nicht bekannt sein dürfte.

Im Südlichen Teil des Waldweges (blau markiert) gibt es entlang des Waldes einen Straßenbegleitenden Wasserabfluss, im rot markierten Bereich oberhalb des Kirchengeländes trotz markanter Hangeinflüsse und bereits erfolgten Überschwemmungen der darunter liegenden Wohngebäude leider nicht.



Der BBPL 13.03.2 bietet die Möglichkeit einer teilweisen Abführung des Hangwassers, zumal auf Grund der Bebauung ohnehin das Hangwasser Berücksichtigung finden musste. Somit ließen sich im Rahmen dieser spezifischen Bebauung Verbesserungen für weite Teile der Bevölkerung herbeiführen.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag
gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann an bester Stelle eine Verbesserung der Situation laut Motiventext herbeigeführt werden kann.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **13. Juni 2024** von Klubobmann
Mag. Alexis Pascuttini

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 13. Juni 2024

Betreff: Tischtennistisch Muchargasse
Antrag

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Bei der Muchargasse handelt es sich um eine Wohnstraße mitten im Herzen von Graz. Da diese leider oftmals als Abkürzung von Autofahrern genutzt wird, ist es den Kindern kaum möglich wie vorgesehen, in Ruhe auf der Straße zu spielen. Aus diesem Grund wünschen sich die Anrainer einen Tischtennistisch im dort vorhandenen Park, der im Foto abgebildete Bereich würde sich optimal dafür anbieten.



Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag
gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann ein entsprechender Tischtennistisch errichtet werden kann.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **13. Juni 2024** von Klubobmann
Mag. Alexis Pascuttini

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 13. Juni 2024

Betreff: Zebrastreifen beim Billa in Mariatroster Straße 49
Antrag

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Der Billa ist ein wichtiges Einkaufsgeschäft in Mariatrost. Viele Bewohner kommen aus den Seitengassen zu Fuß dorthin und müssen dabei die stark befahrene und teilweise schwer einsehbare Mariatroster Straße queren. Durch die hohe Frequentierung wäre an der Mariatroster Straße Ecke Eschengasse ein sicherer Übergang in Form eines Schutzwegs (eventuell mit einer Druckknopfampel) für die Bewohner wünschenswert.



Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag
gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann eine entsprechende Querungshilfe umgesetzt werden kann.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **13. Juni 2024** von Gemeinderätin Mag. Astrid Schleicher

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 13. Juni 2024

Betreff: Förderrichtlinie Kleinst-PV-Anlagen
Antrag

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Der Bericht im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Energie über die Kosten / Nutzen von Balkon-Kraftwerken, also Kleinst-PV-Anlagen, hat gezeigt, dass bei optimalen Bedingungen € 100 pro Jahr an Stromkosten eingespart werden können. Diese PV-Kleinstanlagen sind eine tolle Möglichkeit, wie jeder einzelne zum Umweltschutz und zum Einsparen von Ressourcen beitragen kann.

Leider sind die Heimgartenanlagen bzw. die Heimgärtner in der Förderrichtlinie nicht berücksichtigt. Die Winter werden immer milder, die Heimgartensaison beginnt immer früher und endet viel später - oftmals werden die Gärten und die Gartenhäuschen den Winter über genutzt. Diese Grünoasen, die von den Heimgärtnern liebevoll angelegt und gepflegt werden, sind auch ein wichtiger Teil der Natur in der Stadt. Und da wäre es nur gerecht, wenn auch die Heimgärtner in den Genuss einer Förderung eines Balkon-Kraftwerkes kämen.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag
gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die Heimgartenanlagen in die Förderrichtlinien aufgenommen werden können.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **13. Juni 2024** von Gemeinderat Günter Wagner

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 13. Juni 2024

Betreff: Baustopp in Graz-Puntigam
Antrag

Viele Pendler, die südlich von Graz wohnen, nutzen den Bezirk Puntigam als Einfahrtschneise in die steirische Landeshauptstadt, um zur Arbeit zu gelangen. Besonders belastet vom hohen Verkehrsaufkommen sind unter anderem die Rudersdorfer Straße, die Puchstraße und die Triester Straße. In letzteren befindet sich das „Gate 17“, welches 510 Wohnungen und 405 Parkplätze fasst und sich mit neuen Mietern und Eigentümern zu füllen beginnt. In der ohnehin stark frequentierten Triester Straße werden künftig zusätzlich mehrere hundert Autos das Verkehrsaufkommen belasten. Großbauten wie das „Gate 17“ verlangen nach einem ordentlichen Verkehrskonzept vor Genehmigung – ein solches scheint es nämlich aktuell nicht zu geben. Puntigam ist der am schnellsten wachsende Bezirk in Graz und steuert auf einen chronischen Verkehrskollaps zu.

Daher ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, folgender

Antrag
gem. § 17 der GO des Gemeinderats
der Landeshauptstadt Graz:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, weitere bauliche Verdichtungen im Bezirk Puntigam so lange nicht zu genehmigen, bis ein ordentliches Verkehrskonzept für den gesamten 17. Bezirk ausgearbeitet wurde. Dieses soll das bessere Fließen des Autoverkehrs, optimale Anbindungen an den öffentlichen Verkehr sowie den Schutz von Fußgängern in Form von ausgebauten Gehsteigen und Schutzwegen beinhalten.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **13. Juni 2024** von Gemeinderat Günter Wagner

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 13. Juni 2024

Betreff: Keine Gebühren und Abgaben bei Veranstaltungen heimischer Traditionsvereine
Antrag

Brauchtum und Tradition sind nicht nur ein besonderes Kulturgut, sie sind auch Bestandteil unserer Historie und Identität. Gerade in unserer heutigen Zeit, die schnelllebig und getrieben ist, sind es diese Dinge, die uns erden und entschleunigen. Gerade auch deshalb ist es wichtig, diese Traditionen und Bräuche zu erhalten und zu fördern.

Mitglieder verschiedenster Traditionsvereine stecken eine Menge Herzblut und viele, ehrenamtliche Stunden in ihre Vereine und deren Veranstaltungen. Aber diesen Mitgliedern, die so fleißig sind, wird die Abhaltung dieser Veranstaltung, durch das Kassieren diverser Gebühren erschwert. Für uns Freiheitliche ist es nicht akzeptabel, dass Menschen, die in ihrer Freizeit dafür arbeiten, dass unser Brauchtum und unsere Identität weitergegeben werden, bestraft werden. Wir sind der Meinung, diese Menschen gehören für ihre besondere Leistung – welche sie für unsere Stadt und den Tourismus bringen – so gut wie nur möglich entlastet.

Daher ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, folgender

Antrag
gem. § 17 der GO des Gemeinderats
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass bei der Abhaltung von Veranstaltungen, welche der Wahrung des österreichischen Brauchtums dienen, von der Einhebung jeglicher städtischen Gebühren und Abgaben vonseiten der Stadt Graz abgesehen wird.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **13. Juni 2024** von Gemeinderat Günter Wagner

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 13. Juni 2024

Betreff: Lebensqualitätsstudie durchführen
Antrag

Zuletzt wurden die Grazer Bürger im Jahre 2018 von der Stadtverwaltung befragt, wie sie die Entwicklung der Stadt in Bezug auf die Lebensqualität beurteilen. Seitdem hat sich die Lebenssituation in Graz objektiv nicht zum Besseren gewendet, sogar massiv verschlechtert. Betrachtet man die Zu- und Wegzugsbewegungen, ist klar erkennbar, dass die einheimische Bevölkerung abwandert, jedoch der Zuzug aus dem Ausland stark zunimmt. Durch diesen Bevölkerungsaustausch und der damit verbundenen Zunahme an Gewaltvorfällen und Drogenkriminalität geht ebenfalls ein Verlust der Grazer Lebenskultur und Volksidentität einher. Ein absinkendes Bildungsniveau in Grazer Pflichtschulen und Klassen mit nahezu keiner deutschsprachigen Schüler geben ein dramatisches Bild ab.

Im Bereich der Lebenserhaltungskosten herrscht im Vergleich zum Jahr 2018 eine ganz andere Situation vor. Eine fehlgeleitete Corona-Politik, Preisexplosion am Energiemarkt durch Russland-Sanktionen und eine zwischenzeitliche Inflation von über 10 Prozent tragen zur massiven Teuerung bei. Trotz all dieser Belastungen werden die Grazer Bürger und Familien nun mit zusätzlichen Abgabenerhöhungen seitens der Stadtverwaltung konfrontiert.

Parkplatzraub, massive Benachteiligung des motorisierten Individualverkehrs, sowie eine damit verbundene Zerstörung der Innenstadtwirtschaft durch eine Grün-ideologisierte Verkehrspolitik stößt der Bevölkerung sauer auf.

Damit die Sorgen und Probleme der Grazer Bürger auch für das volksvertretende Gremium der Stadt, dem Gemeinderat, aufgezeigt werden, ist es notwendig, nach sechs Jahren wieder eine Lebensqualitätsstudie durchzuführen.

Daher ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, folgender

Antrag

gem. § 17 der GO des Gemeinderats
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass eine Grazer Lebensqualitätsstudie nach grundsätzlichem Muster und Fragestellungen des Jahres 2018 veranlasst wird, jedoch folgende zusätzliche Fragen einfließen sollen:

1. Hat sich ihre Lebensqualität durch die Einwanderung von Ausländern verbessert oder verschlechtert?
2. Glauben Sie, dass ein weiteres Wachstum an Einwohnern der Stadt Graz guttut?
3. Wie zufrieden sind sie mit den Maßnahmen der Verkehrspolitik und der Straßeninfrastruktur?



Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 13. Juni 2024 von Gemeinderat Günter Wagner

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 13. Juni 2024

Betreff: Null Toleranz für Müllsünder in der Landeshauptstadt
Antrag

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Bereits im Jahr 2017 war das Sauberhalten der Landeshauptstadt ein Unterfangen von gigantischen Ausmaßen. Wie das Online-Portal des „ORF Steiermark“ damals berichtete, belief sich alleine das Straßen- und Wegenetz in Graz auf 5,5 Millionen Quadratmeter, dazu kamen 2,5 Millionen Quadratmeter an Grünflächen sowie mehr als 3.500 Mistkübel, die regelmäßig entleert werden müssen. Umso ärgerlicher ist es, wenn trotz des umfangreichen Entsorgungsangebotes immer wieder illegale Müllentsorgungen auftreten oder Personen schlicht nicht die vorgesehenen Entsorgungspunkte nutzen.

Die schwarz-blaue Stadtregierung versuchte diesem Problem bereits 2017 zu begegnen. Insgesamt wurden 400.000 Euro für Anti-Müll-Maßnahmen aufgewandt, unter anderem waren die Etablierung der „Schau auf Graz“-App sowie die Einführung der schnellen „Eingreiftruppe“ der Holding Graz Bestandteil der Offensive. Per App konnten Grazer Verunreinigungen melden, die Bediensteten der Holding rückten im Anschluss zur Beseitigung aus. (Quelle: <https://steiermark.orf.at/v2/news/stories/2873939/>)

Die teils befristete Aktion zeigte Wirkung und fand auch in anderen Bundesländern Anklang. So wurde beispielsweise in der oberösterreichischen Stadt Wels im Mai 2024 ein Projekt gestartet, das Müllsündern ebenfalls den Kampf ansagen soll. Die Ziele des Projektes werden in einer Presseaussendung der Stadt vom 2. Mai klar umrissen: *„Um Müllsünder im Welser Stadtgebiet noch häufiger auf frischer Tat zu erwischen oder im Nachhinein auszuforschen, startete die Stadt Wels auf Initiative von Sicherheitsreferent Vizebürgermeister Gerhard Kroiß mit Mittwoch, 1. Mai ein vorerst auf sechs Monate ausgelegtes Waste Watcher-Pilotprojekt. Dafür wurde der Österreichische Wachdienst (ÖWD) von der Stadt beauftragt und ermächtigt, Kontrollen von Müllsündern durchzuführen, ihre Daten aufzunehmen und in weiterer Folge an die Bezirksverwaltungsbehörde weiterzuleiten.“* (Quelle: <https://www.wels.gv.at/news/detail/null-toleranz-fuer-muellsuender/>)

Die Stadt Graz verfügt mit der Ordnungswache bereits über geeignete Organe, die derartige Kontrollen durchführen können. Ziel eines derartigen Projektes soll es nicht sein, möglichst hohe Geldstrafen zu lukrieren, sondern potenzielle Müllsünder von ihren illegalen Entsorgungen abzuhalten bzw. das Bewusstsein für richtige Müllentsorgung zu stärken. Neben



den bereits getroffenen Maßnahmen, wie etwa der Neugestaltung des Ressourcenparks, bedarf es nun auch einer verschärften Vorgangsweise gegen Müllsünder.

Daher stelle ich nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtregierung wird aufgefordert, nach dem Vorbild der Stadt Wels eine Initiative gegen illegale Müllentsorgung auf den Weg zu bringen und die Ordnungswache der Stadt Graz in personeller Hinsicht aufzustocken, um verstärkt Kontrollen von Müllsündern vornehmen zu können.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **13. Juni 2024** von Gemeinderat Günter Wagner

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 13. Juni 2024

Betreff: Ticketautomaten bei den Endstationen
Antrag

Für den Kauf eines Tickets für öffentliche Verkehrsmittel stehen in Graz mehrere Möglichkeiten zur Verfügung. Zumeist wird dies sicherlich über Apps oder bei den Straßenbahnen direkt beim Automaten gemacht. Diese Möglichkeiten stehen jedoch Personen ohne Smartphone, welche mit dem Bus fahren, nicht zur Verfügung. Um auch diesen Personen einen entspannten Ticketkauf zu ermöglichen, ist deshalb das Aufstellen von Ticketautomaten bei den Endstationen der Grazer Buslinien ein gutes und zielführendes Mittel.

Daher ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, folgender

Antrag
gem. § 17 der GO des Gemeinderats
der Landeshauptstadt Graz:

Die zuständigen Stellen mögen das Aufstellen von Ticketautomaten bei den Endstationen der Grazer Buslinien prüfen und dies gegebenenfalls durchführen.